

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Bearbeiterverzeichnis	VII
Abkürzungsverzeichnis	IX
Literaturverzeichnis	XIII
 A. Überblick	 1
I. Zielrichtung	1
II. Überblick zum außergerichtlichen Verfahren	1
III. Überblick zum gerichtlichen Verfahren	3
IV. Überblick zum Vollstreckungsverfahren	6
V. Missbrauch und Streitwert	7
 B. Außergerichtliches Vorgehen	 11
I. Einleitung	11
II. Grundbegriffe	13
1. Abmahnung	13
2. Abschlusserklärung und Abschlussschreiben	14
3. Aufwendungsersatz	14
4. Begehungsgefahr (Wiederholungsgefahr und Erstbegehungsgefahr)	15
5. Dringlichkeitsfrist und Dringlichkeitsvermutung	15
6. Hamburger Brauch	17
7. Kerngleiche Verletzungshandlung	17
8. Unterlassungserklärung	18
9. Verletzungshandlung und Verletzungsform	19
10. Vertragsstrafenbewehrt	19
III. Abmahnung	19
1. Welche Funktionen erfüllt die Abmahnung?	20
2. Kann eine gerichtliche Auseinandersetzung auch ohne Abmahnung begonnen werden?	21
3. Was sollte der Abmahnende tun, bevor er die Abmahnung versendet?	23
a) Organisatorisches	23
b) Gespräch mit dem Mandanten	25
c) Keine Erklärungsfrist im Verfügungsverfahren, Darlegung des Sachverhalts und Glaubhaftmachungsmittel	25
4. Welchen Anforderungen muss eine Abmahnung genügen?	28
a) Muss der Abmahnung eine Vollmacht beigelegt werden?	28
b) Welchen Inhalt muss die Abmahnung haben?	29
c) Muss der Abmahnung eine vorformulierte Unterlassungserklärung beigelegt werden?	31
d) Muss die Abmahnung dem Unterlassungsschuldner zugehen?	32
5. Wer trägt die Kosten der Abmahnung?	34

a) Voraussetzungen des materiellen Kostenerstattungsanspruchs . . .	34
b) Höhe der zu erstattenden Kosten	35
c) Recherchekosten zur Vorbereitung der Abmahnung	36
d) Verjährung des Kostenerstattungsanspruchs	37
e) Keine Geltendmachung im Kostenfestsetzungsverfahren	37
f) Nicht zu erstattende Kosten	38
6. Beispiel und Muster	40
IV. Berechtigungsanfrage	42
V. Vorratsverfügung	43
VI. Reaktion des Abgemahnten	44
1. Muss der Abgemahnte den Abmahnenden auf Fehler in der Abmahnung hinweisen?	45
2. Abgabe einer Unterlassungserklärung	47
a) Welche Vorteile und welche Nachteile hat die Abgabe der Unterlassungserklärung für den Schuldner gegenüber dem gerichtlichen Untersagungsgebot?	48
b) Welchen Anforderungen muss die Unterlassungserklärung genügen?	50
c) Wie hoch muss die Vertragsstrafe ausfallen?	55
d) Wie muss der Abmahnende auf die Abgabe der Unterlassungserklärung reagieren?	59
aa) Prüfung der Unterlassungserklärung	59
bb) Annahme der Unterlassungserklärung	59
cc) Übermittlung der Unterlassungserklärung per Fax oder durch einen Bevollmächtigten	61
e) Was spricht dafür, die Unterlassungserklärung vor dem Notar abzugeben?	62
f) Kann die Unterlassungserklärung auch noch während der gerichtlichen Auseinandersetzung abgegeben werden?	64
g) Was muss der Abgemahnte vor Abgabe der Unterlassungserklärung veranlassen?	66
h) Wie wird die Unterlassungserklärung ausgelegt?	69
i) Wann ist die Unterlassungserklärung unwirksam und wie kann der Unterlassungsvertrag beendet werden?	71
j) Beispiel und Muster	73
3. Hinterlegung einer Schutzschrift	75
a) Welche Vorteile hat die Hinterlegung der Schutzschrift für die abgemahnte Partei?	76
b) In welchen Situationen sollte eine Schutzschrift hinterlegt werden?	77
c) Inhalt und Form der Schutzschrift	78
d) Bei welchen Gerichten sollte die Schutzschrift hinterlegt werden?	81
e) Kostenerstattung	82
f) Beispiel und Muster	83
4. Erhebung einer negativen Feststellungsklage	85
a) Bedeutung der negativen Feststellungsklage im Wettbewerbsprozess	85
b) Wann kommt die Erhebung einer negativen Feststellungsklage in Betracht?	86

aa) Interesse an der Klärung des Bestehens oder Nichtbestehens des Anspruchs	86
bb) Unsauber formulierte Unterlassungserklärung des Abmahnenden	87
cc) Wahrung des guten Rufs	87
dd) Kosten	87
c) Welche Voraussetzungen müssen vor Erhebung der Feststellungsklage erfüllt sein?	88
d) Worauf muss der Abmahnende bei der Durchführung der negativen Feststellungsklage achten?	89
aa) Verjährung des Unterlassungsanspruchs wird durch die Erhebung der negativen Feststellungsklage nicht gehemmt.	89
bb) Aufgabe der Berühmung reicht zur Abwendung der negativen Feststellungsklage nicht aus	89
cc) Verteilung der Darlegungs- und Beweislast	90
e) Worauf muss der Abgemahnte achten?	90
aa) Erledigungserklärung nicht zu früh abgeben	90
bb) Gerichtsstand kann dem Abgemahnten nicht aufgezwungen werden	90
f) Beispiel und Muster	90
C. Vorbereitung des gerichtlichen Verfahrens	93
I. Ansprüche im Wettbewerbsprozess	93
1. Welche Ansprüche sind im Wettbewerbsprozess geltend zu machen?	93
a) Ansprüche auf Unterlassung und Beseitigung	93
b) Anspruch auf Schadensersatz	95
c) Ansprüche auf Auskunft	97
d) Erstattung der Kosten für die Abmahnung und das Abschluss schreiben	98
e) Verurteilung zur Urteilsveröffentlichung	99
f) Abschöpfung des aus der Wettbewerbsverletzung erzielten Gewinns	100
g) Ansprüche auf Vernichtung und Rückruf	101
h) Ansprüche auf Vorlage und Besichtigung	101
II. Anspruchsberechtigung/Klagebefugnis (Aktivlegitimation)	102
1. Wettbewerbsrechtliche Ansprüche	102
a) Klagebefugnis des Mitbewerbers	103
b) Klagebefugnis von Verbänden	106
aa) Verbände zur Förderung gewerblicher oder selbständiger beruflicher Interessen	106
bb) Verbraucherschutzorganisationen	109
cc) Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern	110
2. Anspruchsberechtigung im Urheberrecht und Markenrecht	110
a) Überlassung von Nutzungsrechten	110
b) Rechtsverfolgung aufgrund gewillkürter Prozessstandschaft	111
c) Abtretung von Ansprüchen	113
d) Beispiel zur Aktivlegitimation im Urheberrecht	113
III. Bestimmung des Anspruchsgegners (Passivlegitimation)	114
1. Überblick über die Zurechnungsgründe	114
2. Verletzung einer wettbewerbsrechtlichen Verkehrspflicht	116

a) Haftung von Telediensteanbietern	116
aa) Voraussetzungen	117
bb) Anforderungen an den Hinweis	118
cc) Umfang der Haftung	119
b) Sonderfall: Haftung für die unzureichende Sicherung von Zugangsberechtigungen	119
3. Störerhaftung	120
4. Haftung für Mitarbeiter und Beauftragte	121
a) Rechtsnatur und Anwendungsbereich	121
b) Voraussetzungen	122
aa) In einem Unternehmen	122
bb) Mitarbeiter oder Beauftragter	122
c) Haftung für ausgeschiedene und neu eingetretene Mitarbeiter und Beauftragte (Arbeitsplatzwechsel)	123
5. Haftung von Vertretungsorganen eines Unternehmens	123
6. Auswirkungen von Rechtsnachfolge oder Insolvenz	125
IV. Entgegenstehende Rechtskraft	126
1. Der Streitgegenstand	126
a) Wettbewerbsrecht	127
b) Markenrecht	128
c) Mehrere Schutzrechte oder Rechtsgebiete	128
2. Problemfall: Gleichartige Verletzungshandlungen	128
3. „Rechtskraft“ der einstweiligen Verfügung und der Unterlassungserklärung?	130
4. Zusammenfassung: Neues Erkenntnisverfahren oder Vollstreckung?	131
V. Auswahl des Gerichts: Sachliche, funktionale und örtliche Zuständigkeit	131
1. Sachlich zuständig	131
2. Funktional zuständig	132
3. Örtlich zuständig	133
a) § 14 UWG: Überblick	133
b) Insbesondere: Tatortgerichtsstand	134
aa) Anwendungsbereich	134
bb) Lokalisierung des Tatorts	135
cc) Handlungsort	136
dd) Erfolgsort	136
ee) Wahlmöglichkeit	137
ff) Verbände als Kläger	138
4. Praxistipps des Anwalts	138
5. Checkliste für die Auswahl des Gerichts	139
VI. Weitere Erwägungen insbesondere vor dem Gang zu Gericht	139
1. Die rechtsmissbräuchliche Geltendmachung des Beseitigungs- bzw. Unterlassungsanspruches	139
a) Allgemeines	139
b) Die Regelung des § 8 Abs. 4 UWG	142
c) Analoge Anwendung des § 8 Abs. 4 Satz 1 UWG	145
d) Exkurs: Vergleich Rechtsmissbrauch im Urheberrecht und im Wettbewerbsrecht	145
e) Beispielsfall für eine Indizienhäufung	146

f) Alphabetische Checkliste bzw. Indizien eines Rechtsmissbrauchs	148
2. Schadensersatzpflicht wegen einer ungerechtfertigten Anordnung eines Arrestes oder einstweiligen Verfügung gemäß § 945 ZPO	170
a) Allgemeines	170
b) Aktivlegitimation	171
c) Der Begriff der Vollziehung der angeordneten Maßregel	171
d) Verschuldensunabhängige Haftung	174
e) Bindungswirkung/Darlegungs- und Beweislast/Prozessuales	174
f) Schadensersatz	175
g) Mitverschulden	175
h) Kein Schadensersatzanspruch	176
i) Negative Feststellungsklage	177
j) Verjährung	177
k) Exkurs: Nichtigerklärung eines Patents, Patentverletzung	177
3. Das Einigungsstellenverfahren gemäß § 15 UWG	178
a) Einleitung:	178
b) Besetzung der Einigungsstellen	178
c) Ablehnung eines Beisitzers der Einigungsstelle/ Befangenheitsantrag	179
d) Zuständigkeit	180
e) Zielsetzung der Einigungsstelle/Vergleich	180
f) Verjährungshemmung	180
g) Rechtsschutzbedürfnis/Anhängigkeit vor Anrufung der Einigungsstelle	181
h) Persönliches Erscheinen der Parteien/Ordnungsgeld	182
i) Unbegründetheit des Anspruchs	182
j) Aufwendungsersatz beim Einigungsstellenverfahren/Kosten	183
k) Ermächtigung für die Landesregierungen	183
l) Muster eines Antrags auf Einleitung eines Einigungsstellenverfahrens	184
4. Das Schiedsgerichtsverfahren nach §§ 1025 ff. ZPO	185
a) Einleitung	185
b) Institutionen und Schiedsgerichtsordnungen	186
c) Anwendungsbereich der §§ 1025 ff. ZPO und Ort des s chiedsrichterlichen Verfahrens	187
d) Begriff, Form und Inhalt der Schiedsvereinbarung	187
e) Schiedsfähigkeit	188
f) Besonderheiten bei Beteiligung von Verbrauchern	188
g) Befugnis des Schiedsgerichts zur Entscheidung über die eigene Zuständigkeit	188
h) Einrede des Schiedsvertrages/Verlust des Rügerechts	189
i) Schiedsvereinbarung und Klage vor Gericht sowie einstweilige gerichtliche Maßnahmen	189
j) Maßnahmen des einstweiligen Rechtsschutzes/Sicherheit/ Schadensersatz	190
k) Zusammensetzung des Schiedsgerichts und Bestellung der Schiedsrichter	190
l) Verfahrensregeln/Klage und Klagebeantwortung/Mündliche Verhandlung	191
m) Vom Schiedsgericht bestellter Sachverständiger	191

n) Anwendbares Recht/Entscheidung nach Billigkeit/ Handelsbräuche	192
o) Vergleich/Schiedsspruch/Wirkung	192
p) Beendigung des schiedsrichterlichen Verfahrens/Kosten	192
q) Aufhebungsantrag und Aufhebung durch das Gericht	193
r) Zwangsvollstreckung	194
5. Die Entscheidung zwischen Verfügungsverfahren oder Hauptsacheklage	195
VII. Internationales Wettbewerbsrecht	197
1. Auslandsberührung	198
2. Internationale Zuständigkeit	198
a) Maßgebliches Recht	199
b) Bestimmung gem. Art. 7 Nr. 2 EuGVVO nach Rechtsgebieten	200
aa) Persönlichkeitsrechtsverletzungen	200
bb) Wettbewerbsverletzungen	201
cc) Kartellrecht	201
dd) Immaterialgüterrechte (Geistige Eigentumsrechte)	202
ee) Nur bei bestimmungsgemäßer Ausrichtung?	202
c) Weitere Besonderheiten	203
3. Anzuwendendes Recht	204
a) Das für Wettbewerbsverletzungen geltende Recht (Art. 6 Abs. 1 Rom II-VO)	205
aa) Bestimmung des Markttorts	206
bb) Multi-State-Fälle aufgrund von Streuwerbung	207
(1) Vielzahl gleichartiger Handlungen	208
(2) Unteilbare Handlungen	208
(3) Spill-Over u.ä.	209
cc) Einschränkung der Markttortanknüpfung: Das gemeinschaftsrechtliche Herkunftslandprinzip	209
dd) „Bilaterale“ Handlungen	211
ee) Allgemeine Grundsätze des IPR	211
b) Das für Immaterialgüterverletzungen geltende Recht (Art. 8 Abs. 1 Rom II-VO)	211
4. Vollziehung, Anerkennung und Vollstreckung	212
5. Prüfungsschema internationales Wettbewerbsrecht	214
D. Die einstweilige Verfügung	217
I. Formelle und inhaltliche Anforderungen an den Antragschriftsatz	217
1. Adressat und Form der Übertragung	217
2. Begründung des Antrags	218
a) Sachverhalt	218
b) Rechtliche Ausführungen	220
II. Verfügungsgrund, insbesondere Dringlichkeit	221
1. Bedeutung im richterlichen Alltag	221
2. Umfang der Vermutung	222
3. Ausnahmen von der Dringlichkeitsvermutung	223
a) Dringlichkeitsschädliches Zuwarten mit der Antragsstellung	223
aa) Zeitspanne	223
bb) Erforderlicher Kenntnisstand des Antragstellers	225
(1) Objektiv	225

(2) Subjektiv	225
(3) Personenkreis	226
cc) „Wiederaufleben“ der Dringlichkeit	226
b) Dringlichkeitsschädliches Zögern beim weiteren Betrieb des Verfahrens	226
c) Zeitgebundene Verstöße	228
d) Fehlende Bedeutung des Verstoßes	228
e) Gegenschlag	229
4. Darlegungs- und Glaubhaftmachungslast	229
5. Fragen & Antworten	229
III. Antrag	230
1. Fassung	230
a) Bestimmtheitsgebot	230
b) Konkretisierungsgebot („Treffen der Verletzungsform“)	232
c) Gerichtliche Praxis	233
2. Alternative Anspruchshäufung	234
a) Mögliche Vorgehensweise bei mehreren Streitgegenständen	235
b) Gesichtspunkte bei der Wahl der aufgezeigten Wege	235
c) Rechtsmittel	237
3. Rücknahme und Erledigungserklärung	237
IV. Reaktionen des Gerichts vor der Entscheidung	238
1. Registrierung des Verfügungsantrags	238
2. Übersicht über die Verfahrensalternativen des Gerichts	238
3. Entscheidung ohne mündliche Verhandlung	238
a) Erlass der einstweiligen Verfügung	238
aa) Entscheidung ohne mündliche Verhandlung als Regelfall	238
bb) Einstellung der Verletzungshandlung ohne ausreichende Unterwerfungserklärung	239
cc) Tatsächlich und rechtlich eindeutige Sachverhalte	240
dd) Bedeutung der Abmahnung	240
ee) Bedeutung der Darlegungs- und Glaubhaftmachungspflicht	241
b) Zurückweisung des Antrags auf Erlass der einstweiligen Verfügung	242
c) Rechtsbehelfe gegen die beschlussförmige Entscheidung	242
d) Übersendung der Antragschrift zur schriftlichen Anhörung	243
e) Vorgehen bei ergänzungsbedürftigem Vortrag des Antragstellers	243
f) Rücknahme des Antrags und forum shopping	245
4. Entscheidung durch den Vorsitzenden allein	246
5. Entscheidung aufgrund mündlicher Verhandlung	247
a) Bestimmung des Termins	247
b) Anträge auf Verlegung des Termins	247
c) Vorbereitung des Termins und Entscheidung	248
V. Welche Maßnahmen müssen die Parteien des einstweiligen Verfügungsverfahrens nach Erlass der einstweiligen Verfügung ergreifen?	249
1. Vollziehung der einstweiligen Verfügung	249
a) Was muss zugestellt werden?	250
aa) Beschlussverfügung	250
bb) Urteilsverfügung	251

cc) Erneute Zustellung bei geänderter oder wiederhergestellter Entscheidung	251
dd) Fotos und Screenshots	252
ee) Muster eines Anschreibens an den Gerichtsvollzieher und eines Schriftsatzes über die erfolgte Zustellung an das Gericht	252
b) An wen muss der Verfügungsbeschluss zugestellt werden?	253
c) Durch wen muss die Zustellung erfolgen?	254
d) Wie schnell muss der Verfügungsbeschluss zugestellt werden? . .	254
e) Was spricht gegen eine unverzügliche Zustellung?	255
f) Was muss bei der Zustellung noch beachten werden?	255
g) Wie funktioniert die Zustellung im Ausland?	256
h) Was tun bei Zustellungsfehlern?	256
aa) Heilung nach § 189 ZPO	256
bb) Keine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, kein Verzicht	257
cc) Erlangung einer Abschlusserklärung	257
i) Was sind die Folgen der Vollziehung?	257
2. Abschlussverfahren	258
a) Das Abschlussschreiben	259
aa) Sollte der Antragsgegner abwarten, bis ihm das Abschlussschreiben zugeht?	259
bb) Welchen Inhalt muss das Abschlussschreiben haben?	259
cc) Welche Fristen sind zu berücksichtigen?	259
dd) Wann ist ein zweites Abschlussschreiben erforderlich?	260
ee) Welche Kosten fallen an?	261
ff) Entspricht die Rücknahme des Widerspruchs der Abgabe der Abschlusserklärung?	261
gg) Kann der Antragsgegner statt der Abschlusserklärung auch eine Unterlassungserklärung abgeben?	262
b) Die Abschlusserklärung	262
aa) Welchen Inhalt muss die Abschlusserklärung haben?	263
bb) Beweislastverteilung	263
cc) Muss der Gläubiger die Abschlusserklärung annehmen?	263
dd) Welche Rechtsfolgen hat die Abschlusserklärung?	264
c) Muster	264
aa) Muster eines Abschlussschreibens	264
bb) Muster einer Abschlusserklärung	265
VI. Was tun, wenn der Verfügungsantrag zurückgewiesen wird?	266
1. Rechtsmittel gegen die Zurückweisung des Verfügungsantrags	266
a) Sofortige Beschwerde	266
b) Berufung	267
2. Forum-Shopping	268
a) Allgemeines	268
b) Der fliegende Gerichtsstand	268
c) Rechtsmissbrauch durch Ausnutzung des fliegenden Gerichtsstands?	269
d) Dringlichkeit und Rechtsschutzbedürfnis/Zweit- oder Mehrfacheinreichung	270
aa) Sofortige Zurücknahme und unverzügliche anderweitige Anbringung des Antrags unter Offenlegung des bisherigen Verfahrens	270

bb) Sofortige Zurücknahme und unverzügliche anderweitige Anbringung des Antrags unter Verschweigen des bisherigen Verfahrens	271
cc) Zurücknahme erst nach der anderweitigen Anbringung des Antrags	272
dd) Neueinbringung nach (teilweisen) Zurückweisung des Verfügungsantrages	272
ee) Zurücknahme des Verfügungsantrags in der zweiten Instanz	272
e) Fazit	273
VII. Wie kann sich der Antragsgegner gegen eine bereits erlassene einstweilige Verfügung zur Wehr setzen?	273
1. Widerspruch	274
a) Vollwiderspruch	274
b) Teilwiderspruch	274
c) Kostenwiderspruch	275
d) Unterwerfungswiderspruch	275
e) Widerspruch zur Erlangung einer Aufbrauchsfrist	276
2. Aufhebung wegen veränderter Umstände	276
3. Zwang zur Hauptsacheklage	277
a) Abschlusserklärung	277
b) Erhebung der Hauptsacheklage	277
c) Aufhebung wegen Nichtbefolgung der Anordnung der Klageerhebung	278
<i>E.I. Klageanträge</i>	281
1. Formulierung des Klageantrags auf Unterlassung	281
2. Formulierung des Klageantrags auf Schadensersatz	283
3. Formulierung des Klageantrags auf Auskunft und Rechnungslegung	284
4. Formulierung des Klageantrags bei der Beseitigungsklage	285
5. Formulierung des Klageantrags bei der Feststellungsklage	286
6. Formulierung des Klageantrags bei der Gewinnabschöpfungsklage	287
<i>E.II. Weitere Unterschiede zum Verfügungsverfahren</i>	288
<i>F. Aufhebungsverfahren</i>	289
I. Aufhebung einstweiliger Verfügungen	289
1. Aufhebung wegen veränderter Umstände	289
a) Gesetzlich geregelte Aufhebungsgründe	289
aa) Erledigung des Verfügungsgrundes durch Entscheidung der Hauptsacheklage	289
bb) Erbieten zur Sicherheit	290
b) Weitere Aufhebungsgründe	290
aa) Änderung der Rechtslage	290
bb) Ablauf oder Löschung von Schutzrechten	291
cc) Versäumung der Vollziehungsfrist	291
dd) Nachträgliche Abgabe der Unterwerfungserklärung	292
ee) Verjährung	292

2. Aufhebung wegen Nichtbefolgung der Anordnung der Klageerhebung	293
3. Verfahren zur Aufhebung einstweiliger Verfügungen	294
a) Geltendmachung der Aufhebungsgründe	294
b) Einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung	294
c) Widerspruch oder Aufhebungsverfahren?	294
d) Aufhebungsantrag	295
aa) Zuständigkeit	295
bb) Glaubhaftmachung	296
cc) Wechsel der Parteirollen	296
dd) Entscheidung des Gerichts	296
ee) Vorprozessuale Aufforderung zum Titelverzicht	296
e) Veränderte Umstände nach der Abschlusserklärung	297
f) Wirkung des Aufhebungsurteils	298
g) Kostenregelungen	299
aa) Kosten des Aufhebungsverfahrens	299
bb) Kosten des Verfügungsverfahrens	300
4. Was ist im Aufhebungsverfahren zu beachten?	300
II. Aufhebung rechtskräftiger Hauptsacheentscheidungen	301
G. <i>Vollstreckung</i>	303
I. Vollstreckung von Unterlassungsansprüchen	303
1. Einleitung der Zwangsvollstreckung	303
a) Zuständiges Vollstreckungsorgan	303
b) Antrag	304
2. Allgemeine Vollstreckungsvoraussetzungen	304
3. Besondere Vollstreckungsvoraussetzungen	305
a) Androhung von Ordnungsmitteln	305
aa) Im Erkenntnisverfahren	305
bb) Durch besonderen Beschluss	306
b) Nebeneinander von Ordnungsmitteln und Vertragsstrafe	306
c) Sicherheitsleistung	307
d) Bestehen des Titels zur Zeit des Verstoßes gegen die Unterlassungspflicht	308
e) Einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung und Vollstreckungsverzicht	309
4. Zuwiderhandlung gegen das Unterlassungsgebot	311
a) Unterlassungspflicht und Handlungspflicht	311
b) Reichweite des Unterlassungsanspruchs – Kerntheorie	311
5. Verschulden	313
a) Eigenes Verschulden	313
b) Fehlverhalten Dritter	313
c) Darlegungs- und Beweislast	314
d) Verbotsirrtums	315
6. Festsetzung des Ordnungsmittels	315
a) Entscheidung durch Beschluss	315
b) Ordnungsgeld oder Ordnungshaft	316
c) Fortsetzungszusammenhang/natürliche Handlungseinheit	317
d) Unterlassungstitel gegen mehrere Personen	318
7. Anordnung einer Sicherheitsleistung gem. § 890 Abs. 3 ZPO	319
8. Vollstreckung der Ordnungsmittel	319

a) Vollstreckung von Ordnungsgeldern	319
b) Vollstreckung von Ordnungshaft	320
c) Kein Gnadenerlass	320
9. Vollstreckung von Ordnungsgeldern innerhalb der Europäischen Union	320
a) Vollstreckung nach der EuGVVO	321
b) Vollstreckung nach der EuVTVO	322
10. Verjährungsfragen	324
11. Verfahrenswert und Kosten	324
a) Verfahrenswert des Ordnungsverfahrens	324
b) Kostenentscheidung	325
c) Berechnung der Kosten	326
12. Rechtsbehelfe	326
a) Rechtsbehelfe gegen die Festsetzung des Ordnungsmittels	326
b) Rechtsbehelfe gegen die Vollstreckung des Ordnungsmittels	327
13. Was ist bei der Beantragung eines Ordnungsmittels zu beachten?	327
II. Vollstreckung von Zahlungs- und Freistellungsansprüchen	328
1. Vollstreckung von Zahlungsansprüchen	328
2. Vollstreckung von Freistellungsansprüchen	328
III. Vollstreckung von Ansprüchen auf Auskunft und Rechnungslegung	330
1. Vollstreckungsantrag	330
2. Entscheidung des Gerichts	331
3. Vollstreckung des Zwangsmittels	332
4. Vollstreckung aus einer einstweiligen Verfügung	332
5. Rechtsbehelfe	333
6. Streitwert und Kosten des Zwangsmittelverfahrens	334
H. Kosten	337
I. Erstattung von Kosten	337
1. Erstattung der Kosten für die Abmahnung	337
2. Erstattung der Kosten des einstweiligen Verfügungsverfahrens	340
3. Erstattung der Kosten einer Schutzschrift	340
4. Erstattung der Kosten für das Abschluss Schreiben	341
5. Erstattung der Kosten des Hauptsacheverfahrens	342
6. Erstattungs fähige Kosten	342
a) Rechtsanwaltskosten	342
aa) Grundsatz der Kostenerstattung in gerichtlichen Verfahren	342
bb) Beauftragung eines Rechtsanwalts am Sitz des Gerichts	342
cc) Beauftragung eines Rechtsanwalts am Sitz der Prozesspartei für den Rechtsstreit am auswärtigen Gericht	344
dd) Beauftragung eines Rechtsanwalts weder am Gerichtsort noch am Sitz der Prozesspartei	346
ee) Beauftragung eines auswärtigen Rechtsanwalts für den am Sitz der Prozesspartei geführten Rechtsstreit	348
b) Patentanwaltskosten	348
aa) Erstattung im Rechtsstreit	348
bb) Erstattung bei der Abmahnung	349
cc) Erstattung im Wettbewerbsprozess	349
dd) Kosten für den ausländischen Patentanwalt	350
c) Vorbereitungskosten	350
d) Kosten für die Abwehr von Ansprüchen	352

aa) Abwehr von unberechtigten Abmahnungen im Wettbewerbsrecht	352
bb) Abwehr einer unberechtigten Abmahnung wegen eines Schutzrechts	353
II. Streitwert	354
1. Zuständigkeitsstreitwert/Gebührenstreitwert	354
2. Streitwert von Unterlassungs- und Beseitigungsansprüchen	354
a) Grundsätze der Streitwertbemessung	354
b) Klagehäufung	357
aa) Mehrheit von Unterlassungsansprüchen	357
bb) Mehrheit von Beklagten	359
c) Einstweilige Verfügung	359
d) Streitwertbegünstigung/Streitwertbegrenzung	360
aa) Wettbewerbsrecht	360
(1) Streitwertbegünstigung gem. § 12 Abs. 4 UWG	360
(2) Streitwertherabsetzung gem. § 51 Abs. 3 S. 1 GKG	362
bb) Markenrecht	362
cc) Urheberrecht	363
e) Einige Beispiele aus der Rechtsprechung für die Festsetzung von Streitwerten bei Unterlassungsansprüchen	363
aa) Wettbewerbsrecht	363
bb) Markenrecht	365
cc) Urheberrecht	366
3. Streitwert von Feststellungsansprüchen	367
a) Negative Feststellungsklage	367
b) Klagen auf Feststellung der Schadensersatzpflicht	368
4. Streitwert von Auskunftsansprüchen	368
5. Streitwert von Abmahnkosten	369
6. Was ist für die Streitwertfestsetzung zu beachten?	369
7. Rechtsbehelfe gegen die Streitwertfestsetzung	370
a) Vorläufige/endgültige Streitwertfestsetzung	370
b) Rechtsbehelf gegen die vorläufige Streitwertfestsetzung	370
c) Rechtsbehelf gegen die endgültige Streitwertfestsetzung	370
d) Änderung des Streitwerts von Amts wegen	371
8. Was ist bei der Streitwertbeschwerde zu beachten?	372
III. Gebührenfaktoren	372
1. Grundsatz der Gebührenbemessung bei Abmahnungen und Abschluss schreiben	372
2. Gebührenfaktor für Abmahnungen	373
3. Gebührenfaktor für Abschluss schreiben	373
4. Keine Anwendung der Toleranzrechtsprechung	374
5. Anrechnung der Gebühren nach § 15a Abs. 2 RVG	374
a) Grundsatz der Anrechnung	374
b) Anrechnung bei der Geltendmachung gegenüber Dritten	376
c) Was ist zu beachten, wenn der Schuldner den Einwand der Anrechnung erhebt?	377
Sachverzeichnis	379